

Antrag - Nr. StVV - AT 2/2026 (§ 36 GOSTVV)		
für die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 12.03.2026		
Beratung in öffentlicher Sitzung:	ja	Anzahl Anlagen: 0

Bürger gestalten die Stadt (BD-Fraktion)

Bremerhaven verfügt über Strategien zur klimaangepassten Stadtentwicklung, etwa die Grünflächenstrategie von 2019. Diese berücksichtigen Aspekte wie Entsiegelung und Begrünung, beziehen sich in der Praxis jedoch meist auf Flächen, die ohnehin baulich oder planerisch bearbeitet werden. Kleinere, im Alltag präsente versiegelte Flächen bleiben dabei oft unberücksichtigt.

Die Fraktion BÜNDNIS DEUTSCHLAND sieht daher in einem ergänzenden, bürgerbasierten Beteiligungsformat eine sinnvolle Erweiterung bestehender Instrumente. Bürgerinnen und Bürger kennen ihr Umfeld genau und können wertvolle Hinweise auf bislang übersehene Flächen liefern. Ein Beispiel bietet Hamburg, wo Bürger Vorschläge zur Entsiegelung einreichen konnten – mit positiver Resonanz und zusätzlicher öffentlicher Aufmerksamkeit.

Ein solches Format kann auch für Bremerhaven Mehrwert schaffen: Es ermöglicht, kostengünstig Informationen zu sammeln, Engagement zu fördern und das Bewusstsein für Klimaanpassung und Eigenverantwortung zu stärken. Zugleich wird der planerische Blick der Verwaltung durch lokale Erfahrung ergänzt, ohne Doppelstrukturen zu schaffen.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Der Magistrat wird beauftragt, ein bürgerorientiertes Beteiligungsformat zur Entsiegelung versiegelter Flächen in Bremerhaven einzuführen, orientiert an erfolgreichen Beispielen anderer Städte.
2. Bürgerinnen und Bürger sollen die Möglichkeit erhalten, konkrete Flächen vorzuschlagen, die sich aus ihrer Sicht zur Entsiegelung eignen.
3. Der Schwerpunkt soll auf kleineren, bislang unbeachteten Flächen liegen – insbesondere solchen,
 - a. die nicht Teil laufender Baumaßnahmen sind,
 - b. bislang planerisch unberücksichtigt blieben,
 - c. sich im direkten Wohn- und Alltagsumfeld befinden.
4. Das Beteiligungsformat ergänzt bestehende Strategien und Programme (z. B. Grünflächenstrategie, Klimaanpassung, Verkehrsentwicklung), ersetzt sie jedoch nicht.

5. Der Magistrat wird beauftragt, die eingereichten Vorschläge transparent zu dokumentieren, fachlich zu bewerten und dem Bauausschuss eine priorisierte Auswahl vorzulegen. Über den Stand ist dem Bauausschuss halbjährlich zu berichten.

Julia Tiedemann

Fraktionsvorsitzende
Bündnis Deutschland